

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Marvin Hager
Beigeordnete Christina Heide
Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Martin Ehlers
Stellv. Ausschussvorsitzender Thomas Suberg

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Martin Burkhart
Stellv. Ausschussvorsitzender Michael von den Berg

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Beigeordneter Markus Bulla

Mitglied Gruppe FDP/FW

Grundmandat Darwin Reinhard

Stadtelternrat

Stimmberechtigter Sachverständiger Detlev Jonas

Vertretung der Lehrkräfte der Berufsbildenden Schulen

Stimmberechtigter Sachverständiger Frank Ihnen
Stimmberechtigter Sachverständiger Matthias Thode

Vertretung der Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen

Stimmberechtigte Sachverständige Heike Prinz

Gäste aus den Schulen

Frau Becker (GS Rüsterei), Frau Oltmanns (GS Rheinstraße), Herr Fechtmann (GS Stadtmitte), Herr Fischer (NGW), Herr Pommer (OBS Stadtmitte), Herren Markmann und Schmacker (neue OBS)

Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft (SWVW)

Herren Rademacher und Ries

Verwaltung

Erster Stadtrat Herr Schönfelder, Referatsleiterin Frau Winkel-Fiedelak, Frau Burmeister, Frau Pek, Herr Brandt, Herr Kurbjeweit, Herr Ratzmann, Herr Hofmann

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der gemeinsamen Sitzung von BGGs und SchA vom 16.09.21 und der Sitzung des SchA vom 08.07.21
- 4 Informationen zum Projekt „Klassenassistenten“
- 5 Vorlagen an den Rat
- 5.1 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Kostenfreie Nutzung ÖPNV für SchülerInnen und RentnerInnen **564/2022**
- 5.2 Wirtschaftsplan GGS – Vorbereitung Wirtschaftsplan 2023 **315/2022**
- 5.3 IGS – Soforthilfe zur Lösung der Raumnot / Sicherstellung der Refinanzierung durch den Fachbereich Bildung und Sport **340/2022**
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Informationen zum RZI
- 6.2 Information zum DigitalPakt
- 6.3 Information zur Namensgebung der neuen Oberschule
- 6.4 Information zur Flüchtlingsunterbringung im künftigen Schulgebäude Ebertstr. 96
- 6.5 Information zum "Schulexpress"
- 6.6 Information zur Beauftragung der Schulentwicklungsplanung
- 6.7 Anfrage zur Marion-Dönhoff-Schule

Anmerkung: Den Wortmeldungen von Schulleitungen ging die einhellige Worterteilung voraus.

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende **Herr Ehlers** eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bei Verschiebung des TOP „Informationen zum Projekt „Klassenassistenten“ auf 4 genehmigt. Der TOP „Informationen zum RZI“ entfällt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der gemeinsamen Sitzung von BGGs und SchA vom 16.09.21 und der Sitzung des SchA vom 08.07.21

Die Protokolle zu den öffentlichen Teilen der Sitzungen vom 08.07.21 und 16.09.21 werden bei jeweils vier Enthaltungen genehmigt.

- 4 Informationen zum Projekt „Klassenassistenten“

Herr Ratzmann führt aus, dass Herr Kurbjewit das Projekt „Klassenassistenten“ mit den Eingliederungsassistenten entwickelt hat, welches die seelisch behinderten Kinder betrifft – denn diese haben einen Anspruch auf eine individuelle Leistung innerhalb der Schule, wenn die Integration in die Schule nicht glücken kann. Gestar-

tet wurde das Projekt an der neuen OBS und soll an allen Schulen eingeführt werden. **Herr Kurbjeweit** ergänzt, dass auch die Grundschule Sengwarden Projekt-schule ist. Grundlage ist auch der Umfang der Eingliederungshilfen an den jeweiligen Schulen (Neue OBS = 75 Stunden, Grundschule Sengwarden = ca. 100 Stunden). Die förmlich vorgesehene Leistung der Eingliederungshilfe muss eingestellt werden, damit die Klassenassistenzen eingerichtet werden können, die dann die ganze Klasse – und nicht nur die Kinder mit Förderbedarf – versorgt. Dafür haben lange Gespräche mit den betroffenen Eltern stattgefunden. Damit verbunden ist die Zusage, dass die individuelle Hilfe wieder aufgenommen wird, wenn die Klassen-assistenz nicht erfolgreich ist. Es erfolgt ein ständiger Austausch mit den Schul-leitungen und der Schulsozialarbeit. Auch finden Hilfeplangespräche mit den Eltern statt. Wenn die Klassenassistenzen breit geschaffen werden ist eine bessere Abbil-dung der Inklusion möglich. **Herr Kurbjeweit** hofft, dass das Sozialamt den Weg mitgehen kann, denn nach jetziger Einschätzung bewährt sich das Projekt, was sich auch damit zeigt, dass noch keine Klassenassistenten wieder eingestellt wurde.

Frau Prinz glaubt, dass in Klassen mit einem hohen Anteil an SchülerInnen mit Förderbedarf und geringeren deutschen Sprachkenntnissen die Klassenassistenzen an ihre Grenzen geraten und ein Teil der Kinder die Eingliederungsassistenten bin-den wird. **Herr Kurbjeweit** teilt mit, dass in solchen Fällen intensive Vorbereitungen nötig sind. Auf Fragen von **Frau Heide** gibt **Herr Kurbjeweit** an, dass die Mittel aus den Hilfen zur Eingliederung in freie Mittel umgewandelt werden sollen. **Herr Ratz-mann** ergänzt, dass Herr Kurbjeweit die qualifizierenden Kurse begleitet. Zur Fi-nanzierung gibt er an, dass hier (im Gegensatz und zur Eingliederungshilfe) frei-willige Leistungen geschaffen werden. Hierzu werden Gespräche mit der Käm-mererei geführt. Mit den Klassenassistenzen werden deutlich weniger Kosten als mit der Eingliederungshilfe verursacht. Zur Nachfrage von **Herrn Burkhart** erklärt **Herr Ratzmann**, dass die Unterstützung durch die Klassenassistenten nach Abstimmung zwischen Klassenlehrkraft und Schulsozialarbeit innerhalb der Klasse gestreut wird, da selten ein gleichzeitiger Bedarf bei den Kindern vorliegt.

Auf die Anlage „Konzept Projekt Klassenassistenten“ wird verwiesen.

5 Vorlagen an den Rat

5.1 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Kostenfreie Nutzung ÖPNV für Schü- 564/2022 lerInnen und RentnerInnen

Herr Bulla verliest den Antrag. Man will nun über die Änderung in einen Prüfauftrag grundlegende Informationen und Zahlenmaterial erhalten, um zu erkennen, was die kostenfreie Nutzung des ÖPNV bedeutet.

Herr Rademacher erklärt, dass die SWWW dem Anliegen grundsätzlich positiv ge-genüber steht, jedoch müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Zzt. werden ca. 4000 bis 4400 Fahrgäste zwischen 7:00 und 8:30 Uhr befördert, davon ca. 2500 SchülerInnen. Die SWWW verfügt über 28 Busse, von denen stets 26 im Einsatz sind. Sollten alle SchülerInnen Wilhelmshavens den ÖPNV nutzen, bedeutet dies eine Vervierfachung der zu befördernden SchülerInnen. Wichtig ist auch die Ermittlung

der Anzahl der dann noch hinzukommenden RentnerInnen, um Fahrzeug- und Personalbedarfe zu ermitteln.

Herr von den Berg erachtet das kostenfreie Parken ab 15:00 Uhr im Vergleich zum kostenpflichtigen Busfahren für unverständlich und sieht hier eine mögliche Gegenfinanzierung. **Herr Hager** begrüßt den Prüfauftrag. Mit dieser kostenfreien ÖPNV-Nutzung lassen sich auch die Aspekte Elterntaxi und kostenfreie Busnutzung durch OberstufenschülerInnen klären. **Herr Reinhard, Herr Burkhardt** und **Frau Prinz** verweisen auf die Haushaltslage und den Umstand, dass es wichtiger ist, finanzielle Mittel in die Schulen zu investieren und wünschen eine Verschiebung des grundsätzlich begrüßenswerten Prüfauftrags. Für **Herrn von den Berg** ist die ÖPNV-Stärkung eine Pflichtleistung. **Herr Rademacher** erklärt noch, dass die Förderung von ÖPNV-Fahrzeugen verfahrensbedingt frühestens 2025 möglich ist (Antrag bis Mai 2023, Aufnahme in das Förderprogramm 2024, danach müssen die Fahrzeuge noch angeschafft werden).

Im Übrigen wird auf den Antrag verwiesen.

Herr Ehlers bittet um Abstimmung.

Beschluss: Bei drei Ablehnungen und einer Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

Wir stellen den Antrag, dass alle SchülerInnen und RentnerInnen (ev. mit einem Sozialausweis) unserer Stadt kostenfrei unseren ÖPNV nützen können.

Begründung:

Durch die stetig steigende Inflation, Erhöhung der Lebensmittel- und vor allem der Energiepreise sollte die Politik im Zusammenarbeit mit der Verwaltung einen Schulterschluss mit den BürgerInnen unserer Stadt üben und für Entlastungen sorgen.

Gerade SchülerInnen (Familien) und RentnerInnen sind von den Preiserhöhungen stark betroffen und würden von der Befreiung profitieren. Außerdem bieten wir so die Möglichkeit mehr auf Pkw's zu verzichten, die Umwelt zu schonen und den Verkehr zu entlasten.

5.2 Wirtschaftsplan GGS - Vorbereitung Wirtschaftsplan 2023

315/2022

Herr Ehlers verliest die Vorlage. **Frau Burmeister** trägt zu den Eckdaten aus dem Wirtschaftsplan vor. Auf die Vorlage nebst Anlage wird verwiesen.

Für **Herrn von den Berg** ist die Aussetzung des Umbaus des Musikschulgebäudes unerträglich. Auch für **Herrn Hager** und **Herrn Suberg** kommt eine Verschiebung nicht in Frage. **Frau Burmeister** erklärt, dass aus finanziellen und personellen Gründen der Umbau angehalten werden muss. **Herr Schönfelder** erklärt, dass heute vom Fachausschuss ein Votum erteilt werden soll, ob dem Vorschlag des Verwaltungsvorstands gefolgt werden kann.

Herr Ehlers verliest einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion, wonach der Umbau der Musikschule nicht ausgesetzt, sondern um ein Jahr geschoben wird. Damit müsste, so **Frau Burmeister**, in 2024 mit dem Umbau begonnen werden. Auf Nachfrage von **Herrn Burkhardt** gibt sie an, werden fast alle Baumaßnahmen extern vergeben. **Frau Pek** ergänzt, dass GGS die Maßnahmen steuert, wozu z. B. die Vergabe, die Projektbegleitung und die haushaltsrechtliche Aufgaben zählen. **Herr von den Berg** fordert die zeitnahe Umsetzung und hebt die Bedeutung der Musikschule hervor. Auf seine Frage antwortet **Herr Schönfelder**, dass zu den einzelnen Punkten auch Änderungsanträge gestellt werden können. **Frau Heide** fordert eine klare Perspektive für die Musikschule. **Herr Ehlers** bittet um Abstimmung zum Änderungsantrag, dem bei zwei Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt wird.

Zur Position „Friedenstr. 60/62, Sanierung/Umbau BBS, EG“ führt **Herr Brandt** aus, dass die BBS in die Planungen eingebunden ist und die Verschiebung akzeptieren kann. **Herr Ehlers** ruft zur Abstimmung zu diesem Punkt auf: Mehrheitlich zugestimmt.

Zur Position „Neue Grundschule“ weist **Herr Schönfelder** auf die noch zu beauftragende Schulentwicklungsplanung. Er sieht das vorläufige Nichtweiterverfolgen als gerechtfertigt an, um nun prüfen zu lassen, ob die neue Grundschule auch tatsächlich benötigt wird. Haushaltsmittel werden bei festgestelltem Bedarf wieder eingestellt. **Herr Ehlers** bittet zur Abstimmung: Mehrheitlich zugestimmt.

Zur Position „Rheinstr. 73/Ebertstr. 96, GS Rheinstraße“ kann **Frau Heide** das vorläufige Aussetzen der Baumaßnahmen zur Grundschule Rheinstraße nicht nachvollziehen und bezweifelt, dass ein Flüchtlingswohnheim neben einer Grundschule funktionieren kann. **Herr Schönfelder** gibt an, dass nach wie vor Flüchtlinge zuziehen und die Unterbringung im Gebäude Ebertstr. 96 zzt. alternativlos ist. Der kommende Ganztags der Grundschule Rheinstraße wird berücksichtigt und nur für ein Jahr werden Flüchtlinge dort untergebracht. Auch GGS hatte auf die Notwendigkeit hingewiesen, Anfang 2024 mit den schulischen Baumaßnahmen starten zu müssen.

Frau Oltmanns erklärt, dass die Planungen durch GGS und Architekt bereits vorangeschritten sind. Sie bemängelt, dass sie während eines sozialen Events die Information zur Unterbringung von Flüchtlingen erhielt. Sie hat kein Verständnis dafür, in die Überlegungen und Gespräche nicht einbezogen zu werden. Sie weist darauf hin, dass das jetzige Schulgebäude die Vierzügigkeit nicht abbilden kann – auch aus dieser Sicht ist das Gebäude Ebertstr. 96 für die Schulnutzung nötig.

Herr Schönfelder teilt mit, dass im Oktober erstmals das Gebäude Ebertstr. 96 für die Flüchtlingsunterbringung in den Blick kam. Nach einer Begehung durch die Feuerwehr, das Ukraine-Team und des DRK erschien das Gebäude sehr geeignet zu sein. Anfang November bat Herr Brandt um Einbeziehung der Schule. **Herr Schönfelder** will den Rat über die Unterbringung entscheiden lassen. **Herr Burkhardt** weist eindringlich auf den Raumbedarf der Schule hin und beklagt die fehlenden Informationen an die Ratsmitglieder. **Herr von den Berg** hinterfragt, ob es keinerlei andere nutzbare Gebäude gibt und beklagt das Vorgehen.

Pause von 10 Minuten.

Herr Schönfelder erklärt, dass auch wegen der Kostenerstattung durch das Land zunächst städtische Gebäude im Fokus sind. Andere Angebote werden geprüft. **Frau Prinz** gibt zu bedenken, dass bei weiteren Zuzügen die Flüchtlingsunterkunft vielleicht beibehalten werden muss. **Frau Burmeister** weist darauf hin, dass keine Zeit verloren geht, weil die Planungskosten bestehen bleiben. I. R. der Planung sind z. B. bereits Schadstoffuntersuchungen erfolgt. **Herr Ehlers** bittet um Abstimmung: Einstimmig abgelehnt.

Herr Schönfelder teilt mit, das Meinungsbild aus dem SchA in die Beschlussvorlage aufzunehmen.

Herr Hofmann prognostiziert für den nächsten ersten Jahrgang an der Grundschule Rheinstraße 92 Kinder, wovon noch 17 Kinder auf Grund von Anmeldung an anderen Grundschulen abzuziehen sind. Laut Schule sind bislang 102 Kinder angemeldet. Auch muss noch mit weiteren Zuzügen gerechnet werden. Mit einer Vierzügigkeit ist sehr stark zu rechnen. Eine Vierzügigkeit ist im jetzigen Gebäude absolut nicht abzubilden – nur der jetzige PC-Raum ist (wenn die DigitalPakt-Baumaßnahme rechtzeitig fertig sind) noch als allgemeiner Unterrichtsraum nutzbar. Sollten auch im Schuljahr 2024/25 vier Klassen im ersten Jahrgang zu bilden sein, müsste ein Betreuungsraum aufgegeben werden oder Unterrichtscontainer aufgestellt werden.

Der SchA spricht sich gegen die Unterbringung von Flüchtlingen im Gebäude Ebertstr. 96 aus.

Zur Position „Friedenstr. 105 - 111, IGS“ erläutert **Herr Brandt** den Raum- und Containerbedarf, die dort im Laufe der Jahre sich ändernden Raumanforderungen, die dort ohnehin kleinen Unterrichtsräume und verweist auf die Vorlage unter TO 5.3. Ohne Sicherstellung der Finanzierung durch den Beschluss kann GGS die Anmietung nicht vollziehen. Auf Nachfrage von **Herrn Hager** teilt er mit, dass die ehemaligen Jugendamtsräume am Totenweg nicht für Unterrichtszwecke genutzt werden können. **Herr Schönfelder** antwortet zur Frage von **Herrn von den Berg**, dass die Kosten für die Container unausweichliche Ausgaben sind. **Herr Brandt** gibt auf Anfrage von **Herrn Burkhart** an, dass die Container gemietet werden und das Architektenbüro einen Flächenbedarf von ca. 840 qm ermittelte. Nun sollen Raumpotenziale in den Gebäuden ermittelt werden, um evtl. auch konzeptionell anpassen zu können. **Herr Ehlers** bittet um Abstimmung: Mehrheitlich zugestimmt bei einer Enthaltung.

Zur Position „Friedenstr. 103, Sanierung NFA“ erklärt **Frau Burmeister**, dass i. R. der Haushaltslage auch dieser Vorschlag eingebracht wurde und mit dem Sportbüro abgestimmt ist. Die Verzögerung ist für die aktuelle Nutzung laut **Herrn Brandt** unproblematisch. Die Verschiebung führt auch dazu, dass für den WHV noch kein Ausweichquartier gesucht werden muss. **Herr Ehlers** bittet zur Abstimmung zu dieser Position: Mehrheitlich zugestimmt.

Anschließend bittet **Herr Ehlers** um Abstimmung zur Beschlussvorlage.

Beschluss: Bei zwei Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der Rat stimmt dem beschriebenen Vorgehen zu den Maßnahmenänderungen zu und beauftragt die Verwaltung auf dieser Basis den Wirtschaftsplan 2023 zu erstellen.

5.3 IGS – Soforthilfe zur Lösung der Raumnot / Sicherstellung der Refinanzierung durch den Fachbereich Bildung und Sport **340/2022**

Zur Diskussion wird auf TO 4.2, dort zur Position „Friedenstr. 105 - 111, IGS“ verwiesen.

Beschluss: Einstimmig zugestimmt

Zur Lösung der Raumnot an der IGS werden zum Schuljahr 2023/24 Container angemietet. Die notwendigen Mittel zur Refinanzierung der Miete an GGS i. H. v. 87.500 € für 2023 und 175.000 € jährlich ab 2024 werden im Teilhaushalt Bildung und Sport zusätzlich veranschlagt.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Information zum RZI

Herr Ehlers teilt mit, dass dieser TO krankheitsbedingt entfällt.

6.2 Information zum DigitalPakt

Herr Hofmann führt aus, dass mit Herrn Stähr bei GGS nun wieder ein Planer i. R. der DigitalPakt-Maßnahmen tätig ist. Zuvor mussten TGA-Planungen extern vergeben werden, was zu höheren Ausgaben führte. Auf die Anlage „Sachstand Digital Pakt“ wird verwiesen.

6.3 Information zur Namensgebung der neuen Oberschule

Herr Schmacker teilt mit, dass die Schulgemeinschaft innerhalb eines Jahres Namenskriterien und das -wahlverfahren erarbeitete. 120 Namensvorschläge wurden eingebracht. Ca. 320 Stimmen aus Schüler- und Elternschaft sowie den schulischen MitarbeiterInnen wurden abgegeben, wovon 69 % für den Vorschlag „Nordsee-Campus Wilhelmshaven“ votierten. Die Schule sieht diesen Namen auch als Auftrag, die Schule weiter in den Stadtteil zu öffnen.

An der Diskussion zum Namen beteiligen sich **Herr Burkhardt, Frau Prinz, Herr Hager, Frau Heide, Herr Ehlers** und **Herr Bulla**. **Herr Schönfelder** erklärt, dass der Schulträger einvernehmlich mit der Schule die Namensgebung vornimmt. Den vorgenommenen Auswahlprozess begrüßt er.

6.4 Information zur Flüchtlingsunterbringung im künftigen Schulgebäude Ebertstr. 96

Auf die Diskussion unter TO 4.2 zur Position „Rheinstr. 73/Ebertstr. 96, GS Rheinstraße“ wird verwiesen.

6.5 Information zum "Schulexpress"

Unter Hinweis auf die Beschlussfassung zur Vorlage 7/2022 und die Information in der Sitzung im Juni gibt **Herr Hofmann** an, dass an den Grundschulen Hafenschule und Rüstersiel Elternratssitzungen stattfanden, bei denen Frau Nölle über das Projekt informierte. Zzt. wird über die Elternschaft und den AWW nach Sponsoren gesucht.

6.6 Information zur Beauftragung der Schulentwicklungsplanung

Herr Brandt berichtet, dass das Leistungsverzeichnis zur Vergabe aus einer Einleitung, einer zeitlichen Vorgabe für die Dauer der SEP und Schwerpunktfestlegungen besteht (z. B. Ganztage, Digitalisierung, Inklusion, Schulraumprogramme). Im Leistungsverzeichnis werden im Einzelnen auch die Schulen beschrieben. Eine Bewertungsmatrix wurde erstellt. Der/die AuftragnehmerIn muss detaillierte Informationen zur Erarbeitung der SEP u. a. bei den Schulen, GGS und dem Jugendamt einholen.

6.7 Anfrage zur Marion-Dönhoff-Schule

Den Sachstand zur Marion-Dönhoff-Schule erfragt **Frau Heide**. **Frau Prinz** teilt mit, dass das Pausenzentrum inzwischen saniert wurde und die naturwissenschaftlichen Container bezugsfertig sind. In der Vorwoche fand die Ausstellung der Architektenentwürfe statt. **Herr Brandt** berichtet, dass die Entwürfe noch nicht bekannt gegeben werden dürfen. Zuvor muss das Preisgericht den Wettbewerb entscheiden.

Ende öffentlicher Teil

B Nichtöffentlicher Teil

Ende der Sitzung 19:00 Uhr

Schönfelder
Erster Stadtrat

Ehlers
Vorsitzender

Hofmann
Protokollführung